

SoVD lud zu Expertengespräch über die Auswirkungen rigoroser Sparpolitik

Ist der Fiskalpakt unsozial?

Mit seinen strengen Vorgaben verlangt der EU-Fiskalpakt den Mitgliedsstaaten eine rigorose Sparpolitik ab. Er verpflichtet zu Schuldenbremsen und fordert nahezu ausgeglichene öffentliche Haushalte. Harte Sanktionen drohen, wenn die Auflagen nicht eingehalten werden.

In einem hochkarätig besetzten Expertengespräch beleuchteten SoVD und Volkssolidarität jetzt gemeinsam, wie sich der Fiskalpakt in Deutschland künftig auswirken kann. Ist mit weiteren Kürzungen in den Sozialen Sicherungssystemen zu rechnen? Welches sind die Folgen für die Daseinsvorsorge in Städten und Kommunen? Diese wichtigen Fragen wurden zunächst in Impulsreferaten angeschnitten und im Anschluss daran diskutiert.

Zu der Veranstaltung in den Räumen der SoVD-Bundesgeschäftsstelle in Berlin hieß Klaus Michaelis, Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses des SoVD-Bundesvorstandes (SPA) die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die geladenen Experten sowie die Expertin der Gesprächsrunde herzlich willkommen. Michaelis dankte der Volkssolidarität als „verlässlichen Partner, nicht allein in Fragen der Rentenpolitik, sondern auch in vie-



Fotos (8): Steffi Rose

Ein Expertengespräch zum Thema Fiskalpakt fand in der SoVD-Bundesgeschäftsstelle statt.

len anderen sozialpolitischen Fragen“. Er begrüßte zudem Professor Dr. Ursula Engelen-Kefer, Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialversicherung im SoVD, die die gut besuchte Veranstaltung moderierte.

Im Verlauf fünf differenzierter Impulsvorträge wurden die Auswirkungen des Fiskalpaktes aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet (siehe auch Rede-Auszüge auf Seite 2).

Die wesentlichen Inhalte des Fiskalpaktes führte zunächst Professor Dr. Gustav

Horn (Hans-Böckler-Stiftung) aus. Horn stellte dabei die Interpretation der Eurokrise als Staatsschuldenkrise infrage.

Über die Bedeutung des Fiskalpaktes für die öffentliche Daseinsvorsorge sprach Dr. Irene Vorholz (Deutscher Landkreistag). Dass die gesetzliche Rentenversicherung bereits jetzt von den Auswirkungen des Fiskalpaktes betroffen ist, machte Dr. Herbert Rische (Deutsche Rentenversicherung) deutlich. Mittelbare Auswirkungen auf die gesetzli-

che Krankenversicherung über den Haushaltsausgleich zeigte auch Professor Dr. Klaus Jacobs (Wissenschaftliches Institut der AOK) auf.

Über die Bedeutung des Fiskalpaktes für die Arbeitslosenversicherung sprach Dr. Klaus Schubert (Bundesagentur für Arbeit).

Im direkten Bezug sowie in einer abschließenden Diskussion nutzten die Teilnehmer die Gelegenheit für kritische Rückfragen.

Fortsetzung auf Seite 2

Sonderseiten zur Bundestagswahl

2013

SoVD legt Wahlprüfsteine vor **Seite 4-7**

Kleines ABC der Fachbegriffe **Seite 4-6**

Was bringt der Sommer?

Fotowettbewerb in der SoVD-Zeitung **Seite 16-17**



„Gesamtdeutsches Problem“

Volkssolidarität und SoVD tagen zur Angleichung Ost-West

Seite 3

SoVD erzielt wichtigen Erfolg vor Gericht

Wir haben geholfen **Seite 9**



Der Schatten des Vaters

Götz George wird 75 **Seite 24**



Anzeige

www.menschenAb50.de

Die Zukunft will gepflegt sein.

Als Mitglied des Sozialverband Deutschland e.V. können Sie besonders günstigen und speziellen Schutz genießen

Pflegerechten-Risikoversicherung

- Aufnahme von 18 bis 80 Jahre
- Monatliche Pflegerente von 150 bis 2.000 EUR
- Bereits ab Pflegestufe 0 finanzielle Entlastung durch Beitragsbefreiung nach der Wartezeit von 3 Jahren (je nach Tarif)

Interesse? Dann melden Sie sich!
ERGO Lebensversicherung AG
Organisation für
Verbandsgruppenversicherungen
Überseering 45, 22297 Hamburg
Telefon: 0800/ 374 60 06
(Gebührenfrei)



Blickpunkt

Mütterrente, mehr Geld für Kinder, bezahlbarer Wohnraum und wirksame Maßnahmen gegen Altersarmut – die Liste der Schlagworte, mit denen die Wahlkandidaten werben, ist lang. Vorsicht! Die Erfahrung zeigt: Hier wird oft Großes in Aussicht gestellt und später wenig davon umgesetzt...

Meist zeichnen sich leere Versprechen schon vorher ab. Beispiel Niedrigrenten: Obwohl aktuelle Zahlen belegen, dass die Altersarmut in Deutschland dramatisch zunimmt,

hat die Koalition jetzt ein fest versprochenes Hilfspaket gestoppt. Der Grund? Nichtmals auf eine Teillösung haben sich Union und FDP einigen können – nach jahrelangen Beratungen und einem „Rentendialog“. Dabei war es die Bundesregierung selbst, die noch im November eine alarmierende Entwicklung vorhersagte. Denn für viele der mehr als 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner reichen ihre Bezüge im Alter nicht zum Leben aus. Ihnen droht der soziale Abstieg.

Ein tragfähiges Konzept gegen Altersarmut, das auch Minijobbern und Geringverdienern ein Schutzschild bietet, liegt längst auf dem Tisch. Das Modell des „Rentenzuschusses“ haben Verdi und SoVD gemeinsam als Alternative zu von der Leyens „Zuschussrente“ entwickelt. Hier zeigt sich, warum unser Verband genau hinschaut und prüft, wenn nun im Vorfeld der Wahlen Konzepte für soziale Sicherheit im Alter angepriesen werden.

**Adolf Bauer
SoVD-Präsident**